

# antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –  
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 68

Juli 2010

## NoNPD Internet-Kampagne abgeschlossen: Mehr als 5000 Stellungnahmen für ein NPD-Verbot abgegeben....

Am 8. Mai dieses Jahres endete unsere bundesweit geführte Internet-Kampagne für ein NPD-Verbot. „5000 Bürger unseres Landes haben couragiert ihre ablehnende Meinung zu

sind ganz unterschiedlich, z.T. kurz und knackig mit unverblümter Klarheit, z.T. sind es ausführliche Kommentare, die die Forderung nach einem NPD-Verbot argumentativ

Die Botschaft der Überlebenden der faschistischen Barbarei und des Schwures von Buchenwald „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ ist noch immer nicht eingelöst. Krieg ist nach Europa zurückgekehrt, Neofaschismus und Rechtsextremismus bedrohen die Demokratie. Deshalb ist das 5000fache Nein zur NPD auch ein würdiger Beitrag zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus.



Die VVN-BdA Gruppe Lübeck/Lauenburg am 1. Mai beim Familienfest des DGB in Lübeck. Unterschriften für ein NPD-Verbot, gegen den Afghanistankrieg und eine Wurf-  
bude gegen Atomkraft.  
Callage: Lore Meimberg

einer wesentlich steuerfinanziert und Verfassungsschutz-geschützten Partei, deren neofaschistischer Ideologie und deren gewaltbereiten Handlangern geäußert, zu einer Partei, die nichts aus der Geschichte gelernt hat, zu einer Partei, die andere schon wieder für normal und demokratisch legitimiert halten“. So jedenfalls sieht es Michael Landmann, einer der Kampagnensprecher und so sehen es auch wir, die VVN-BdA Schleswig-Holstein. Diese 5000 Stellungnahmen

untermauern, z.T. sind es auch witzige Zitate oder ins Netz gestellte Bilder oder Comics.

Die VVN-BdA wird die gesammelten NoNPD-Stellungnahmen der Kampagne 2009/2010 in Buchform veröffentlichen und den für ein Verbot zuständigen Bundes- und Landespolitikern in geeigneter Weise zukommen lassen. Dort werden dann auch die 139 Stellungnahmen aus Schleswig-Holstein zu lesen sein. Doch wir sollten nicht vergessen:

### ... und wir in Schleswig-Holstein machen weiter!

Wir führen unsere Unterschriftenaktion – gerichtet an Ministerpräsident Carstensen – weiter, denn wir wollen ihn nicht aus der Verantwortung entlassen. Die Landesregierung muss endlich eine Initiative im Bundesrat, der Interessenvertretung der Länder, starten, die das Ziel hat, Verfahrenshindernisse zu beseitigen und ein Verbot der verfassungswidrigen NPD auf den Weg zu bringen. Wir erwarten eine Initiative der Landesregierung, das Verbotsverfahren wieder in Gang zu setzen! Dazu haben wir schon mehr als 1000 Unterschriften gesammelt, doch es können gerne noch mehr werden! Natürlich reichen parlamentarische Schritte allein nicht aus. Wir brauchen ebenso außerparlamentarische Aktionen gegen die faschistische Gefahr! Jede Aktion gegen die alten und neuen Nazis kann zeigen, dass die Schleswig-Holsteiner/innen die Schnauze voll haben von der NPD und ihren Helfershelfern unter den Freien Kameradschaften und den autonomen Nationalisten!

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!  
Hartmut Büchsel

## Kommentar

Hand aufs Herz: welchen älteren Antifaschisten erfüllt es nicht mit Sorge, wenn er vor und während der Fußball-Weltmeisterschaft überall schwarz-rot-goldene Fahnen erblickt? Ist der alte Nationalismus wieder aufgebrochen, ist die Saat aufgegangen, die NPD und andere Neonazis gesät haben? Fragen wir junge Menschen nach ihren Motiven, warum sie sich Schwarz-Rot-Gold auf Stirn und Wange malen, so stoßen wir meist auf Verständnislosigkeit. Sie haben dieses „Deutschland-Deutschland über alles“ ja nicht kennen gelernt, wissen nicht, welch ungeheuerliche Verbrechen im deutschen Namen verübt worden sind. Sie freuen sich über den schönen Fußball, den Joachim Löw und seine Mannschaft zum Beispiel beim Sieg über Australien geboten haben. Nein, in die rechte Ecke gehört der Großteil dieser Menschen nicht. Das wäre ja auch im höchsten Grade alarmierend. Und wir sollten uns davor hüten, sie ins ideologische Abseits zu stellen. Ihnen die Fahnen wegzunehmen, schafft nur Verdross, politisch sinnvoll ist es nicht. Darüber könnten nur jene jubeln, die Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern predigen und davor gewarnt hatten, die Fußball-WM nach Südafrika zu vergeben, weil die Südafrikaner nicht in der Lage seien, eine solche Veranstaltung überhaupt auszurichten.

Peter Gingold, Leitbild und Vorbild im Kampf gegen alte und neue Nazis, Bundessprecher der VVN-BdA, hat nach der Fußball-WM in Deutschland im Jahre 2006 zutreffend geschrieben: „Natürlich waren die meisten Deutschfahnschwenker keine Nationalisten. Es war die Freude am Spiel, die Identifikation mit der Nationalmannschaft, wie wir sie in allen Ländern, aber auch in den Fußballgemeinden der deutschen Großstädte kennen: die Freude an unserer Mannschaft, ob nun in der Stadt oder im Land. Das war eher eine Love-Parade, Karneval, raus aus dem Alltagsleben.“

Peter Gingold hat nicht miterlebt, dass sich das Gesicht der Nationalmannschaft inzwischen verändert hat. Trainer Löw hat ein junges Team geformt, mit dem eine noch größere Identifikation erreicht werden kann. Immerhin befinden sich in seinem

Kader unter 24 Spielern elf Kicker mit so genanntem Migrationshintergrund: Özil hat türkische Familienwurzeln, Sami Khediras Vater ist in Tunesien geboren, der HSV'er Boateng ist in Deutschland geboren und fühlt sich als Deutscher, während sein Bruder zum Herkunftsland Ghana steht und in dieser Mannschaft ebenso wie Deutschland den Sprung in das Achtelfinale der WM geschafft hat. Lucas Podolski und Miroslav Klose sind in Polen geboren worden, Cacao hat seine fußballerische Ausbildung in Deutschland erfahren und nicht in Brasilien.

Sportler anderer Hautfarbe sind ja keine Exoten mehr. Die NPD und die zahlreichen Nazi-Ideologen können nicht mehr mit dem Finger auf Asamoh oder Owomoyela zeigen und eine „rassisch reine“ Nationalmannschaft fordern. Damit können sie auch die Fahnschwenker nicht mehr verführen. Ihr Wir-Gefühl hat mit denen der Nazi-Propagandisten, dem Massenblatt aus dem Springer-Konzern und einigen Fernseh-Moderatoren nichts zu tun. Wer nach dem Australien-Spiel auf Seite 1 die Überschrift verbockte: „Wir tröten alle weg“, der hat anderes im Sinn, der spricht nicht von Achtung sondern von Verachtung für die anderen. Glücklicherweise haben die Fußballmannschaften von Ghana, der

Elfenbeinküste oder auch das leider frühzeitig ausgeschiedene Südafrika gezeigt, dass auch anderswo Fußball gespielt wird. Vielleicht wären sie sogar mit ihrer Spielweise noch erfolgreicher, hätten sie nicht europäische Trainer gehabt.

Kehren wir zu Peter Gingold zurück. Er schrieb uns vor vier Jahren in einem Interview mit Uli Sander ins Stammbuch: „Wenn wir uns nicht ins Abseits gestellt sehen wollen, dann stellen wir uns die Frage, was für uns das eigene Land bedeutet, in dem wir leben und kämpfen, was für uns national und nationalistisch ist, wie wir mit den Begriffen Vaterland, Vaterlandsliebe, Heimatliebe und Patriotismus umgehen.“ Peter kehrte nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus in seine hessische Heimat zurück, damit ein anderes Deutschland entsteht, wie es Johannes R. Becher und Bert Brecht in ihren Nationalhymnen ausdrückten. „Das sah ich als Deutscher als meine nationale Pflicht an. Zugleich war es und ist es eine Pflicht des Internationalismus, dass von diesem Land keine Bedrohung anderer Völker ausgehen kann“, sagte Peter Gingold, der übrigens noch ganz besonders auf eins stolz war – auf den Widerstand der deutschen Antifaschisten.

*Günther Wilke*

## „Einspruch“ gegen Versuche erneuter Geschichtsfälschung

### Impressionen von einem Berliner Kongress der VVN-BdA

Unter dem Motto „Einspruch“ fand am 24./25. April in Berlin eine Konferenz der VVN-BdA zu aktuellen Problemen des Antifaschismus statt. Referenten waren Historiker, Mitarbeiter in Gedenkstätten und Überlebende des faschistischen Terrors in Deutschland wie Prof. Dr. Wippermann (FU Berlin), Prof. Dr. Pätzoldt (Berlin), Dr. Thomas Lutz, Leiter des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topografie des Terrors in Berlin, die Historiker Dr. Ulrich Schneider und Dr. Susanne Wilms, Dr. Holger Politt, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau und viele andere.

Unser Kamerad Günther Wilke schrieb einige Impressionen auf, die ihm besonders wichtig erschienen.

Besonders beschäftigte ihn das Referat von Dr. Thomas Lutz, der sich aus aktuellem Anlass mit einem Beschluss des Europäischen Parlaments beschäftigte, den 23. August zum „Gedenktag für alle Opfer von Diktatur und Totalitarismus“ zu machen. Die von Konservativen eingebrachte Resolution trug den Titel „Europas Gewissen und der Kommunismus“. Der 23. August ist der Tag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts. In der Begründung des Antrags heißt es, Europa werde „erst dann vereint sein, wenn es imstande ist, zu einer gemeinsamen Sicht seiner Geschichte zu gelangen.“

Dr. Thomas Lutz charakterisierte diesen Beschluss als erneuten Versuch der Geschichtsfälschung. Die Gleichsetzung von Faschismus und Kommu-

## Friedenspolitischer Ratschlag Schleswig-Holstein

# Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen

Wir fordern von Bundestag und Bundesregierung

- ▶ den Stopp aller Kampfhandlungen,
- ▶ den sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan,
- ▶ den Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen.

So haben ein selbstbestimmter Friedensprozess und der zivile Aufbau in Afghanistan eine Chance.

Mit diesen Forderungen beginnt ein breites Bündnis der Friedensbewegung eine bundesweite Kampagne mindestens bis zur nächsten Mandatsverlängerung der Bundeswehr in Afghanistan im Februar 2011.

Mit einer Unterschriftensammlung, mit bundesweiten Aktionstagen zwischen dem 1. und 4. September und zahlreichen Aktionen, die international koordiniert werden sollen, wird versucht, endlich ein Ende des Krieges zu erreichen. Dazu gehört auch eine Afghanistankonferenz vom 7. - 9. Oktober in Berlin. Geplant ist ein Afghanistan-Tribunal vom 7. bis 9. Oktober 2011. Die VVN-BdA nimmt bundesweit an dieser Kampagne teil.



„50 Jahre Ostermärsche – eine Welt ohne Krieg und Atomwaffen ist machbar!“  
Landesweite Ostermärsche in Wedel und Kiel.

Die Friedensbewegung in Schleswig-Holstein traf sich am 29. Mai in Neumünster, um Verabredungen für diese Kampagne zu treffen.

Mit einführenden Referaten zu den Themen: „Weichenstellungen in Richtung Militarisierung der Deutschen Außenpolitik von 1990 bis heute“ mit Lühr Henken vom Hamburger Forum

und „Globale Veränderungen, Afghanistan-Krieg – vor welchen Aufgaben steht die Friedensbewegung?“ mit Dr. Peter Strutynski (Bundessprecher Friedensratschlag Kassel) entwickelte sich eine rege Diskussion unter den 30 TeilnehmerInnen.

Informationen über die Kampagne bei Bernd. *Bernd Meimberg*

nismus sei inakzeptabel. Mit dieser Bewertung stünden antifaschistische Historiker nicht allein. Lutz zitierte beispielsweise Yehuda Braun, einen der bekanntesten Historiker der Judenvernichtung, der den 23. August im unvereinbaren Gegensatz zum europäischen Gedenktag für die Opfer des Holocaust sieht. Der Genozid der Juden, so Braun, sei mit den Verbrechen der Stalin-Zeit nicht vergleichbar, die sich nicht gegen die Vernichtung einer gesamten Bevölkerungsgruppe gerichtet habe. Nicht Stalin sei für die 35 Millionen Toten des von Hitler-Deutschland geführten Krieges verantwortlich gewesen. Vielmehr habe die Sowjetarmee Europa vom Hitlerfaschismus befreit.

Mit der Gleichsetzung von Nazis und Kommunisten, so Dr. Lutz, würden die Opfer des Hitlerfaschismus zum zweiten Mal ermordet. Der Referent betrachtete diese Resolution des

Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit den Versuchen des Bundes der Vertriebenen, die vom Unrecht der Vertreibung sprechen und unter diesem ein „Zentrum von Flucht, Vertreibung und Versöhnung“ errichten will.

Diesen Zusammenhang sah auch Prof. Dr. Pätzoldt. Er entlarvte das Bemühen von Rechten, den Deutschen eine Opferrolle zuzuschreiben und Polen und Tschechen eine Täterrolle. Es werde versucht, den Zusammenhang von Krieg und Vertreibung auszublenden, um eine antikommunistische Geschichtsschreibung durchzusetzen. „Das Bild von den Deutschen als Opfervolk verkehrt die historischen Tatsachen“, so Professor Pätzoldt. Zum Glück gebe es heute noch Zeitzeugen und jene, die zur ersten Nachkriegsgeneration gehören, die historische Wahrheit vermitteln können.

### **Neue Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ der VVN-BdA einsatzbereit!**

Diese Ausstellung ist eine völlige Neubearbeitung und Aktualisierung der alten VVN-BdA Ausstellung.

Auch unsere Landesvereinigung Schleswig-Holstein hat ein Exemplar dieser Ausstellung erworben. Diese kann ab sofort bei uns zur Ausleihe bestellt werden. Informationen über die neue Ausstellung könnt ihr über die Bundeshomepage der VVN-BdA [www.vvn-bda.de](http://www.vvn-bda.de) erhalten. Ausleihwünsche für das Land Schleswig-Holstein können ab sofort über folgende Mailadresse:

[vvn-bda-sh@t-online.de](mailto:vvn-bda-sh@t-online.de) geäußert werden. In der Oktober-Ausgabe unserer „Antifaschistischen Rundschau“ werden wir ausführlicher auf die neue Ausstellung und unsere Ausleihbedingungen eingehen.



# Wir haben es geschafft!

## Naziaufmarsch am 27.3. in Lübeck verhindert!

Zum ersten Mal konnte am 27. März 2010 der wichtigste Aufmarsch der Nazis in Schleswig-Holstein durch Massenblockaden in Lübeck gestoppt werden. Ein Erfolg in der Geschichte antifaschistischer Proteste der letzten Jahre. Die erfolgreiche Blockade des Naziaufmarsches in Dresden am 13.2. hat uns beflügelt, dieses Ziel nun auch in Lübeck endlich zu erreichen.

Der mit knapp über 100 Leuten bemerkenswert kleine Nazi-Aufmarsch konnte in Lübeck nur den Steinrader Weg ein Mal auf und ab gehen. Am Ziegelteiler war dann Schluss – der weitere Weg wurde durch unsere Blockaden versperrt. Seit dem frühen Morgen bis zum Abend harrten viele Menschen an drei Blockadepunkten aus und machten so den Aufmarsch der Nazis unmöglich – eine herbe Niederlage in ihrem „Kampf um die Straße“.

An unserer Gedenkkundgebung für die Opfer des Nationalsozialismus nahmen ca. 1.500 - 2.000 Menschen teil. An den verschiedenen Blockaden zählten wir ca. 800 Menschen, dazu kamen noch etliche, die an polizeilichen Absperrungen fest hingen oder sich in kleinen Gruppen im Stadtteil bewegten.

Trotz großer Widerstände gegen das Blockadekonzept in den Medien und in verschiedenen Organisationen gelang uns eine Mobilisierung in ganz Schleswig-Holstein, Hamburg, im Norden Niedersachsens und West-Mecklenburg-Vorpommerns. Grundlage dieses Erfolges war eine Zusammenarbeit zwischen Antifagruppen, lokalen Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Jugendverbänden und zahlreichen weiteren Organisationen, die in dem Bündnis „Wir können sie stoppen“ seit Jahren zusammenarbeiten.

Mit der Unterschrift unter der „Lübecker Erklärung“ machten zahlreiche, auch prominente Bürger Lübecks die Blockaden zu ihrer eigenen Auseinandersetzung um die Legitimität von zivilem Ungehorsam gegen Naziaktivitäten. Dies übte Druck auf die politischen und polizeilichen Verantwortlichen aus. Der politische Preis einer gewaltsamen Räumung der



*Lena und Kerstin suchen den Weg zur nächsten Blockade*

Blockaden durch die Polizei wäre zu hoch gewesen.

Wichtig war die klare Ankündigung, blockieren zu wollen – und dieses auch ernsthaft, entschlossen und in aller Konsequenz vorzubereiten. Im Gegensatz zu früheren Jahren wussten alle – dieses Mal wird der Naziaufmarsch blockiert. Dieses Signal wurde auch von den Ordnungskräften verstanden. Der Aktionskonsens: „Von uns wird keine Eskalation ausgehen. Unsere Blockaden sind Menschenblockaden“, wurde eingehalten.

Die Erfahrungen in Lübeck haben, ähnlich wie in Dresden, gezeigt, dass Verlauf, Ausgang und Erfolg von antifaschistischen Interventionen in hohem Maße von den politischen Bedingungen abhängig sind, die im Vorfeld von uns geschaffen wurden. Ohne die Bereitschaft vieler Menschen, mitzumachen und sich zu engagieren, wäre dieser Kraftakt nicht möglich gewesen. Die Entschlossenheit und Kreativität im Vorfeld und bei den Blockaden am 27. März zeigen uns, dass kollektive Anstrengungen es möglich machen, wirksam politisch zu intervenieren und Erfolge zu erringen.

Die Nazis werden versuchen, ihre Niederlage wett zumachen. Sie werden andere Konzepte der Darstellung verfolgen und im Großraum Lübeck noch stärker auftreten, wie dies z. B. in Bargteheide, Ratzeburg und Eutin bereits geschieht. Sie wollen aber auch

in Lübeck wieder marschieren. Es bedarf noch größerer Anstrengungen landesweit, für das Blockadekonzept gegen den Naziaufmarsch zu werben. 2011 müssen wir noch mehr werden, um den Erfolg zu wiederholen.

Vorrangiges Ziel muss dabei sein, dass die Nazis überhaupt nicht marschieren dürfen.

*Lena Sehmisch u. Bernd Meimberg*

### **Stawitz (NPD) provoziert Kreistag**

Für einen Eklat im Pinneberger Kreistag sorgte im Juni der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Ingo Stawitz aus Uetersen. Obwohl er sich nicht in die Rednerliste der Bürgerfragestunde eingetragen hatte und deshalb vom Kreispräsidenten Burkhard E. Tiemann (CDU) nicht das Wort erhalten hatte, wollte er vom Saalmikrofon seine Nazi-propaganda loswerden. Tiemann, der ihn nicht kannte, gab ihm nach wortreicher Auseinandersetzung über Demokratie und Rederecht die Gelegenheit, seine „Fragen“ zu stellen. Aber schon nach wenigen Worten war klar, wer da die Tribüne des Kreistages missbraucht hatte. Daraufhin verließen viele Mitglieder von SPD und Linken den Saal. Die Auseinandersetzung endete in Pöbeleien von Stawitz und der Drohung, er werde wiederkommen, man werde noch von ihm hören.

# Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene

Auf Einladung der VVN-BdA Gruppe Lauenburg/Lübeck, referierte Rena Kenzo aus Hamburg vom Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus, über Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene mit anschaulich gestalteten Folien und einem Film von Andrea Röpke.

Mädchen und Frauen spielen in der neofaschistischen Bewegung eine immer größer werdende Rolle. Verstärkt treten sie in der Öffentlichkeit in

Erscheinung, nehmen Aufgaben wahr, die weitgehend Männerdomäne sind. Äußerlich sind sie kaum von Frauen verschiedener Milieus zu unterscheiden. Rena erklärte, dass die „klassisch rechtsextreme“ Geschlechterideologie unter den Frauen zwar dominiert, aber es werden unterschiedliche Haltungen zum Frauenbild toleriert. Welche Schwerpunkte jede einzelne Frau für sich setzt „der Sache zu dienen“ – ob als Mehrfach-Mutter, als politische

Aktivistin oder beides – bleibt ihr überlassen. Dies zeigt, dass die grundsätzliche Ausrichtung auf einen völkisch-rassistischen Nationalismus für sie wichtiger ist, als die jeweiligen Antworten auf die Fragen des Geschlechterverhältnisses.

Es war ein sehr informativer Abend. Wer Interesse hat, bei sich so eine Veranstaltung zu machen, kann sich an uns wenden.

*Lore Meimberg*

## Antifaschismus als kommunale Aufgabe Neonazis im Kreis Herzogtum Lauenburg

Sie nennen sich Nationale Sozialisten, da sie sich Nationalsozialisten nicht nennen dürfen. Ihre wahren Absichten verschleiern, nennen sie sich auch Nationale Offensive Herzogtum Lauenburg (NASOLB).

Sie versuchen den Eindruck zu vermitteln, dass sie unabhängig von der NPD sind – auf ihren Infotischen sieht man aber nur Material der NPD. Sie stehen genau wie die NPD ideologisch in der Tradition des deutschen Faschismus. Auch ihr Vorgehen ähnelt den Praktiken der Nazis von 1933. Leute anpöbeln, Linke angreifen, Ausländer beschimpfen und bedrohen, Steine in Fenster werfen von Einrichtungen, die über die Neonazis aufklären wollen usw.. Der Kampf um die Straße, die Parlamente und die Köpfe ist ihr Konzept. „Wir erobern die Städte vom Land aus“ wurde schon von Göbbels propagiert und heute versuchen die Neonazis wieder diese Vorgehensweise, da sie in den Städten meistens nicht so vorankommen, wie sie sich es wünschen.

Ratzeburg ist ein Beispiel von vielen, wo Neonazis versuchen Fuß zu fassen. Das Auto und die Eingangstür von unserem Freund Michael, Kreistagsabgeordneter der DIE LINKE, wurde mehrfach mit Farbe beschmiert. In der Zeit vor dem Naziaufmarsch in Lübeck wurde das Petriforum der Kirche angegriffen, in dem das Bündnis gegen Rechtsextremismus tagt. Die Eingangstür wurde zertrümmert und der Eingangsbereich mit neofaschistischen Aufklebern versehen. Ein Mitarbeiter der städtischen Jugendpflege

wurde bedroht. Jugendliche werden tätlich angegriffen. Es kam zu Körperverletzungen.

Eine Gruppe von Neonazis wohnt in einem Haus in der Langenbrücker Straße, eine Villa mit Seeblick und Vorgarten, wunderbar geeignet für die dort stattfindenden Abende mit anderen jungen Leuten. Es wurde sogar beobachtet, dass dort Jugendliche verkehren, die früher in der städtischen Jugendeinrichtung oder in kirchlichen Jugendgruppen waren.

Wie ist das möglich? Ist es dort interessanter für die Jugendlichen? Wem gehört dieser „Prachtbau“? Wie kommt es dazu, dass ausgerechnet mitten in Ratzeburg ein Anwesen von dieser Qualität an Nazis vermietet wurde? Dem Vermieter muss bekannt gewesen sein, dass er sich dort Neonazis einquartiert. Wie heißt der Vermieter? Das könnte man im Grundbuch feststellen.

In Ratzeburg wurde 2009 ein Bündnis gegründet mit dem Bürgermeister und zahlreichen Organisationen im Kreis Lauenburg und Kirchenvertreterinnen, dass sich mit dieser Entwicklung beschäftigt. Mit Aufklärung in Schulen und Jugendeinrichtungen und mit vielfältigen Aktivitäten will man dieser Entwicklung entgegenreten. Die Neonazis versuchen im Kreis Her-



*Das Nazihaus  
in Ratzeburg*

zogtum Lauenburg seit vielen Jahren Fuß zu fassen. Einen Rückschlag gab es 1992 nach den Brandanschlägen in Mölln. Die Neonazis unterstützen sich natürlich gegenseitig. Das Problem Neonazis Einhalt zu gebieten betrifft also den ganzen Landkreis und muss demnach vom Kreistag verschärft aufgegriffen werden. Dazu bedarf es einer Analyse, um ein Kreis-weites Vorgehen zu entwickeln. Gibt es diese Analyse?

Die Antifa im Kreis ist seit den 80er Jahren sehr rührig und bedarf der Unterstützung.

Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen – das sollte man immer bedenken.

Antifaschismus als kommunale Aufgabe sollte im Kreistag realisiert werden, dann werden die Neonazis im Kreis keine Chance haben.

*Bernd Meimberg*



### Plön bleibt bunt

„Wir stehen heute hier, weil wir der DVU und ihrer braunen Gefolgschaft nicht den Plöner Markt für ihre Propaganda überlassen wollen“, heißt es in der Resolution des Bündnisses in Plön. Unabhängig von weltanschaulicher Ausrichtung und parteipolitischer Präferenz wollen wir heute zeigen: Die Anwesenheit von Neonazis darf nicht zur Normalität werden – weder in Plön noch anderswo.

Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch unabhängig von seiner Nationalität, Hautfarbe oder sexueller Orientierung frei von Angst sein Leben selbst bestimmt führen kann. Wo dies nicht der Fall ist, braucht es engagierte Bürger, die für die Erfüllung der Grundrechte, die in unserem Grundgesetz festgelegt sind, eintreten. Diese Verantwortung nehmen wir heute mit unserem friedlichen Protest wahr – gegen eine Gesellschaft des Rassismus, des Antisemitismus und der Ausgrenzung, für eine offene Gesellschaft der Demokratie und Toleranz.

### Kiel: Antifa-Aktionen am Tag der Befreiung

Über 150 AntifaschistInnen waren am 8. Mai in der Kieler Innenstadt auf der

Straße. Die Aktion „Feiern – Gedenken – Antifaschistisch Kämpfen“ auf dem Asmus-Bremer-Platz wurde als Gegenkundgebung zu dem Aufmarsch der Neonazis am gleichen Tag organisiert.

In verschiedenen Redebeiträgen wurde immer wieder die Bedeutung des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung für alle, die nicht dem nationalsozialistischen Weltbild entsprachen oder sich widersetzen, hervorgehoben und an die millionenfachen Opfer des Naziterrors erinnert. Zudem wurde kritisiert, dass die gesellschaftlichen Bedingungen, die den Nationalsozialismus möglich machten, im Nachkriegsdeutschland nicht grundlegend verändert wurden. Hier und

jetzt sei es nötig, offenen Neonazismus zu bekämpfen und für die gesellschaftliche Emanzipation von jeder Form der Ausbeutung und Unterdrückung einzutreten. Mit historischen Liedern wurde der antifaschistische Widerstand gewürdigt und ihrer Opfer gedacht.

### In Flensburg

war das Rednerpult bei der Gedenkveranstaltung am Ehrenmal für die Naziopfer mit dem Plakat der VVN-



BdA geschmückt. „Die Gräberfelder auf dem Friedenshügel sind beredtes Zeugnis für den millionenfachen Tod, den das nationalsozialistische Deutschland zu verantworten hat“, führte unser Kamerad Ludwig Hecker aus und verwies auf Zwangsarbeiter,

Kriegsgefangene und KZ-Opfer, die hier ihre letzte Ruhestätte gefunden hätten. „Für sie kam der Tag der Befreiung am 8. Mai 1945 zu spät“. Er erinnerte an den Schwur von Buchenwald von 1945, der auch für die heutige Gesellschaft und die Zukunft Mahnung und Verpflichtung sein müsse. Das in diesem Manifest beschworene Ziel – „Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit“ – sei immer noch nicht erreicht.

### Eutin: Gemeinsam Handeln – Gemeinsam Wirken

Der „Eutiner Runde Tisch gegen Faschismus“ war als Bündnis am 8. Mai 2010 in Eutin überaus präsent. Die gemeinsamen Infostände und Schautafeln von VVN-BdA, DKP,



Foto: Volker Rätzke

Antifa und SDAJ wurden stark frequentiert und die beteiligten Organisationen kamen gut mit den Eutiner Bürgern ins Gespräch. Auf über 50 Fotos wurde eine Dokumentation gezeigt, wie sehr Eutin in letzter Zeit mit Nazipropaganda beschmiert wurde. Die meisten Betrachter waren erstaunt und erschrocken über diese Naziaktivitäten.

Holger Schultze von der Willi-Bredel-Gesellschaft begann aus dem Buch „Die Prüfung“ zu lesen. In diesem Buch schildert Willi Bredel seine Erlebnisse und Erfahrungen in dem KZ „Kolafu“ (Konzentrationslager Fuhlsbüttel).

### Antifaschistischer Stadtrundgang in Elmshorn

In der größten Stadt des Kreises Pinneberg wurde wie in jedem Jahr an die





Foto: Wittigo Stubbe

Selbstbefreiung vor 65 Jahren erinnert. Leider wurde die Stadt in den letzten Monaten wiederholt von Nazis und Neonazis heimgesucht. So wurden auf dem Hafenfest zum wiederholten Male Menschen angegriffen und verprügelt, Neonazis jagten Menschen durch die Innenstadt und griffen sie mit Pfefferspray und abgebrochenen Flaschen an. Der Elmshorner Bahnhof steht dabei im Fokus der Neonazis. Hier wird versucht, Menschen einzuschüchtern und anzugreifen; zuletzt geschehen nach einer Veranstaltung im Industriemuseum. „Scheiß Jude, wir machen dich kalt“ oder „Dreckiges Antifa-Schwein, du bist erledigt“ lauteten einige der Drohungen.

Anlaufpunkte des Stadtrundgangs waren außer dem Bahnhofsvorplatz der Gedenkstein an die Widerstandskämpfer – die Stolpersteine in der Peterstraße – das alte Gewerkschaftshaus – die IG Metall Wedenkamp – Brücke am Wedenkamp – sowie der Kirchenvorplatz am Alten Markt und die VHS Elmshorn.

Im Anschluss gab es ein Zeitzeugengespräch mit Fritz Bringmann, dem Ehrenvorsitzenden der VVN-BdA. Er erzählte aus seinem Leben als Widerstandskämpfer während der NS-Zeit, seiner Verhaftung, seiner Zeit im KZ Sachsenhausen und Neuengamme und seinem Leben nach 1945.

### 8. Mai in Lübeck...

In Lübeck wurde am 8. Mai der Film „Lebenserinnerungen“ gezeigt, der sich mit den politischen Ereignissen beschäftigt, die zu Krieg und Faschismus führten, hauptsächlich aber ein

Teil der Lebensgeschichte unseres Kameraden Fritz Bringmann erzählt, seinen Widerstand gegen Krieg und Faschismus, seine Verfolgung und Befreiung.

Schüler der Realschule Kellinghusen sowie ihr Lehrer Walter Vietzen waren mit Fritz zu den Stätten seines Leidens gegangen: zum Beispiel vor die Gefängniszelle, in der er inhaftiert war, oder in die Gedenkstätte Neuengamme. Hier erzählte er von damals, berichtete von Erniedrigung und Qualen, aber auch von Solidarität, die er auch unter diesen fürchterlichen Bedingungen erfahren hatte.

Kein Zuhörer konnte sich diesen authentischen Lebenserinnerungen entziehen, sie berühren und fordern von jedem Einzelnen: nie wieder zuzulassen, was damals geschah.

(„Lebenserinnerungen“ von Fritz Bringmann und der R 10b der Realschule Kellinghusen)

### ....und unser Fritz feierte seine Befreiung

Fritz Bringmann feierte an seinem Wohnort in Aukrug (Kreis Rendsburg/Eckernförde) den 65. Jahrestag seiner ganz persönlichen Befreiung. Dazu hatte er Kinder, Schwiegerkinder und Enkelkinder eingeladen, langjährige Weggefährten der VVN-BdA, Mitglieder des Fördervereins der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und den Vorsitzenden der Gedenkstätte, Dr. Detlef Garbe.

Es war sein Wunsch, dass keine großen Reden gehalten werden sollten. Das wurde respektiert, wengleich viele Anwesende ihm ihrerseits noch gern mit Worten für seinen immer noch unermüdlichen Einsatz gedankt hätten.

Wenn es seine Gesundheit und die seiner Frau Alice zulässt, tritt Fritz immer noch auf antifaschistischen Veranstaltungen, ganz besonders in Schulen und Jugendeinrichtungen auf, um aus seinen Erlebnissen und Erfahrungen zu erzählen und vor der neonazistischen Gefahr zu warnen.

### Es ist Krieg und Deutschland macht mit Eigentlich unglaublich, dass ihnen das immer wieder gelingt...

Franz Josef Degenhardt

Deinem Urgroßvater  
Haben sie erzählt:  
Gegen den Erbfeind.  
Für das Vaterland.  
Und er hat das tatsächlich geglaubt.  
Was hat er gekriegt?  
Granatsplitter in Beine und Kopf  
vor Verdun.

Deinem Großvater sagten sie:  
Gegen die slawischen Horden.  
Für die abendländische Kultur.  
Er hat das wirklich geglaubt.  
Was hat er gekriegt?  
Bauchschuss und  
einen verrückten Kopf  
vor Stalingrad.

Deinem Vater erzählen sie jetzt:  
Gegen die Völkermörder.  
Für die Menschenrechte.  
Für den Frieden.  
Unglaublich – er glaubt's.  
Was er wohl kriegt?  
Und wo wird das sein –  
diesmal?

### DGB-Bundeskongress fordert Mut gegen rechte Gewalt

Der wiedergewählte DGB-Vorsitzende Michael Sommer forderte erneut das Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen.

Diese Forderung fand nicht nur den Beifall der Delegierten des Bundeskongresses, sondern wurde darüber hinaus von Millionen Gewerkschaftsmitgliedern begrüßt. Wird doch z. B. in der Satzung der IG Metall, der größten Einzelgewerkschaft im DGB, als eines ihrer wichtigsten Ziele und Aufgaben die „Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militaristischen und reaktionären Elementen“ bezeichnet. Angesichts der Zunahme des verbrecherischen Treibens der Neonazis stellen immer mehr Gewerkschafter die Frage, warum die NPD und die anderen neonazistischen Organisationen nicht verboten werden.

Die Forderung des DGB-Vorsitzenden wird sicher in den Kreisvereinigungen aufgegriffen und durch Aktionen unterstützt werden.

# Wieder mehr rechtsextreme Straftaten NPD-Verbot nach wie vor aktuell

Auf dem NPD-Parteitag kündigten die zwei größten rechtsextremen Parteien an, fusionieren zu wollen. Was wie ein schlechter PR-Trick aussieht, ist durchaus ernst zu nehmen. Zwei Parteien in der Krise – nun wollen NPD und DVU fusionieren. „Wir brauchen eine starke nationale Kraft“, erklärte NPD-Chef Udo Voigt beim diesjährigen Parteitag in Bamberg. Einige Medien werteten die Ankündigung als verzweifelten PR-Versuch. Kenner der Szene zucken bei dieser Verharmlosung zusammen. Denn ein Zusammenschluss könnte eine gefährliche Kräftebündelung darstellen. Bei beiden Parteien sind die Kassen leer. Sicherheitsexperten sehen darin einen der wesentlichen Gründe für den steilen Abstieg beider Parteien auf dem Weg in die politische Bedeutungslosigkeit. Aber ähnlich wie bei zwei fusionierenden Unternehmen, bei denen sich Einspareffekte ergeben, können die finanziellen Probleme durch die Fusion weniger dramatisch werden, vielleicht sogar gelöst. Eine neue NPD wird von einem Zusammenschluss profitieren – bei Werbung, Büroräumen und Personal.

## Zunahme rechtsextremer Straftaten

Auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE gab die Bundesregierung bekannt, dass im April 2010 insgesamt 1.330 Straftaten registriert wurden, die rechtsextrem motiviert waren. Das ist die höchste Zahl seit Juni 2008. Entgegen anderslautenden Beschwichtigungen gibt es offenbar wieder mehr rechtsextreme Straftaten.

Viele dieser Straftaten verfolgen die perfide Strategie, Gegner, oft auch demokratische Politiker, ganz gezielt einzuschüchtern. Schwerpunkt der Angriffe: der Osten Deutschlands und hier besonders Mecklenburg-Vorpommern. Dabei sind die Angriffe erschreckend öffentlich. So wurden im Februar in Pirna Pflastersteine gegen das Wahlkreisbüro einer SPD-Politikerin geworfen. Vierhundert Rechtsextreme lassen ihrem Hass freien Lauf, stehen grölend und aufgeputscht vor der Tür. Im thüringischen Jena gab es Farbbeutelattacken gegen das Haus des SPD-Oberbürgermeisters Albrecht Schröter. Er ist, wie die anderen Politi-

ker auch, bekannt für sein Engagement gegen Rechts. Jüngster Angriff dieser Aufruf: Gesucht – tot oder lebendig.

Doch auch in den westlichen Bundesländern gibt es immer wieder Zwischenfälle. Ein Anschlag mit einem Pflasterstein auf ein Büro der Grünen vor wenigen Wochen im nordrhein-westfälischen Unna. Nicht der erste, im vergangenen Jahr fielen hier sogar sechs Schüsse. Die Geschäftsführerin der Grünen-Kreistagsfraktion in Unna, Stephanie Schmidt, sagte gegenüber „Report Mainz“ dazu: „Das war schon ein beängstigender Moment, als ich dann hier rein kam, da dachte ich, jetzt ist irgendwie eine Grenze überschritten. Früher hatte man Hakenkreuze, SS-Runen und die Kürzel dieser Gruppierung, die sich hier aktiv zeigt, an den Scheiben oder an der Hauswand, aber mit den Schüssen war dann wirklich ein Punkt erreicht, der war dann nicht mehr nett.“

## Attacken auf Demokraten

Diese Attacken auf Politiker, ihre Privatwohnungen und Parteibüros sind keine Einzelfälle. Nach Recherchen von „Report Mainz“ gab es in diesem Jahr bisher 59 Angriffe mit eindeutig rechtsextremem Hintergrund. Hochgerechnet auf das Jahr 2010 bedeutet das gegenüber dem Vorjahr fast eine Ver vierfachung. Betroffen sind nicht mehr nur wie früher DIE LINKE, sondern zunehmend alle Parteien. Auf einer NPD-nahen Internetseite wurden Adressen von Bürgerbüros aller demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern aufgelistet. In diesem Bundesland haben die Anschläge deutlich zugenommen, nachdem ein Aufruf mit dem Titel „Demokraten gibt es auch in Deiner Stadt“ auf dieser Internetseite veröffentlicht wurden. Verantwortlich für die Internetseite ist David Petereit, stellvertretender Landesvorsitzender der NPD und Mitarbeiter eines NPD-Landtagsabgeordneten. Er bestreitet gegenüber „Report Mainz“, dass der Artikel einen Aufruf zur Gewalt darstelle. Staatsanwaltschaft und Amtsgericht Schwerin bewerten das jedoch anders. Nach ihrer Einschätzung fordert der Artikel öffentlich zu Straftaten auf und ist gemäß § 111

StGB strafbar. Deswegen wurde gegen Petereit inzwischen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, und es kam zu Hausdurchsuchungen. Der Aufruf wurde auf Betreiben der Staatsanwaltschaft jetzt aus dem Internet entfernt.

## Eine Frühform von Terror

Eine Fusion der beiden größten rechtsextremen Parteien ist eine ernst zu nehmende Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Der SPD-Fraktionsvorsitzende von Meckl.-Vorpommern, Norbert Nieszery, sieht hinter der Anschlagsserie eine deutliche „Einschüchterungsstrategie der Neonazis, die versuchen wollen, die Abgeordneten zu verunsichern“. Wörtlich sagt Nieszery im Interview mit „Report Mainz“: „Das ist aus meiner Sicht eine Frühform von Terror.“

Ähnlich sieht das auch der Rechtsextremismus-Forscher und Politikwissenschaftler Professor Hajo Funke von der Freien Universität Berlin. Er erkennt eine Verantwortung der NPD und ihres Umfelds für die Zunahme der Angriffe. „Für mich ist, was die NPD und ihr Umfeld mit diesen Anschlägen tut, in dieser Systematik neu, hat eine neue Qualität und ist eine Gefahr für die Gesellschaft, für den Staat, nicht nur wie bisher für die, die sie als Fremde und Feinde ausgeguckt haben.“ Die Anschlagsserie stelle einen „neuen Schritt in der Radikalisierung der NPD und ihres Umfelds“ dar. Im Interview „Report Mainz“ sagt Professor Funke weiter: „Meines Erachtens ist das der Beginn einer terroristischen Struktur.“ Wie wichtig die rechtsextremen Parteien für den „Kampf um die Straße“ für die Nazis sind, zeigt die Tatsache, dass David Petereit als Mitarbeiter eines NPD-Landtagsabgeordneten vom Steuerzahler finanziert wird. Auch wenn die Kassen der beiden Parteien leer sind, können NPD und DVU den freien Kameradschaften und anderen Neonazi-Gruppierungen noch Tür und Tor öffnen.

Die Fusionsverhandlungen zwischen NPD und DVU sind offenbar nicht die einzigen im rechtsextremen Spektrum. Auch bei den Republikanern und der Pro-Bewegung wird über eine Vereinigung gesprochen, viel Konkretes gibt es allerdings nicht. *Thomas Repp/rb*



## „Sommerfest International“ in Neumünster

Zum dritten Mal organisierte das „Bündnis gegen Rechts“ gemeinsam mit VVN-BdA, Gewerkschaften, Parteien und Freunden das Internationale Sommerfest auf dem Postparkplatz in Neumünster. Schon von weitem konnte man es hören: Musik, Kinderlachen und Ansagen der Vorträge wechselten einander ab. Es war ein buntes Bild, was sich den Zuschauern bot: leckeres brasilianisches Essen, Kinderspiele, Musik und viele Materialien, die sich mit der rechten Propaganda von NPD, DVU oder den Kameradschaften auseinandersetzen. „Wir wollen mit diesem Aktionstag allen Bürgern zeigen, dass wir nicht nur Demos und Proteste organisieren, sondern auch Feste feiern können. Es soll die bunte Vielfalt dieser Stadt gegen das rechte braune Einerlei gezeigt werden. Toll, dass so viele Leute gekommen sind“, freuten sich die Veranstalter.

Das Musikprogramm war international besetzt und bot abwechslungsreiche Eindrücke. Den Anfang machte



Foto: LEITWERK

die Gruppe „Quartetto“, die extra für diesen Auftritt mit dem Afghanen Mehran Gulzar zusammen musizierte, der seit zwei Jahren in der Flüchtlingsunterkunft am Haart lebt.

Das Saz-Ensemble der Alevitischen Gemeinde zeigte, was sie alles mit diesem traditionellen türkischen Musikin-

strument hervorzaubern kann, und der Punkrock war einfach nicht zu überhören.

„Es war wirklich ein tolles Fest, nächstes Jahr kommen wir wieder“, sagte ein Junge, der mit seinen Freunden bis zum Schluss des Sommerfestes blieb, um auch alles mit zu erleben.

## Ein Tag in der Gedenkstätte Ahrensböck



Mit der Gedenkstätte hat die VVN-BdA Lübeck/Lauenburg seit einigen Jahren guten Kontakt. Austausch und gegenseitiger Besuch der Veranstaltungen in Lübeck und Ahrensböck und das gemeinsame Bemühen um eine Gedenktafel an der Stele zur Erinnerung an den Todesmarsch in Lübeck, haben diesen Kontakt vertieft.

So freuten wir uns, als Frau Monika Metzner-Szinsmeister uns einlud, doch unser Gruppentreffen einmal in der Gedenkstätte durchzuführen.

Ahrensböck war eines der ersten KZs in Schleswig Holstein. Sofort nach der Machtergreifung 1933 wurden hier politisch unbequeme Menschen als Zwangsarbeiter gefangen gehalten. Viele kamen dann später in anderen KZs ums Leben.

Monika führte uns durch die Ausstellung und referierte über den Todesmarsch der Häftlinge von Auschwitz zur Neustädter Bucht.

Es ist schon etwas Besonderes, die zukünftige Arbeit an einem Ort zu planen, an dem der faschistische Terror seine Spuren hinterlassen hat. Unter dem Eindruck des Berichts von Monika besprachen wir dann unsere zukünftige Arbeit im Jahr 2010.

Neben der bestehenden Zusammenarbeit im Bündnis „Wir können sie stoppen“ wird uns die Kampagne zur Beendigung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan beschäftigen sowie die Situation im Kreis Hz. Lauenburg. Im Herbst planen wir dann gemeinsam mit anderen die Neofaschismusausstellung



in Lübeck zu zeigen. Unsere öffentlichen Themenabende jeden dritten Freitag im Monat sollen konsequent durchgeführt werden. Sie dienen der politischen Bildung für uns und sind ein Angebot für andere, sich mit unserer Gruppe zu treffen. Es lohnt sich, die Gedenkstätte zu besuchen. Zum Schluss möchten wir noch werben für das internationale Sommerlager der Gedenkstätte Ahrensböck vom 31.7. – 14.8.2010 – ein Höhepunkt jeden Jahres.

Danke an Monika.

Homepage: [www.gedenkstaetteahrensboeck.de](http://www.gedenkstaetteahrensboeck.de)  
Tel. 04525-493 060

VVN-BdA Gruppe Lübeck/Lauenburg

## Name des letzten Opfers entschlüsselt

Im KZ-Außenlager Wedel seien 24 Menschen umgekommen, das wurde im Archiv der Stadt Wedel wie in der kleinen Broschüre „KZ Wedel, das vergessene Lager“ festgestellt, doch die Namen aller 24 Opfer zu finden, das war eine Aufgabe, an der schon einige Wedeler vor uns gescheitert waren. Bekannt waren im Stadtarchiv lediglich 23 Namen.

Die Wedeler VVN-Gruppe forschte seit langer Zeit, um alle Schicksale der Opfer zu klären. Intensive Kontakte zur „Stifting Oktober 44“ halfen, 13 Namen und Lebensdaten der Niederländer zu erhalten, die vom kleinen Ort Putten aus nach Deutschland deportiert wurden und u.a. hier in Wedel elendig starben. Um an sie zu erinnern, wurde 2008 eine Tafel mit ihren Namen am Mahnmal an der Risener Straße enthüllt.

Wer aber war das 24. Opfer?

Im Staatsarchiv Hamburg gab es zwar Unterlagen des damaligen „Sonderstandesamtes Neuengamme“, aber es gab lange Zeit keine Zuordnung der Toten, weder zum Stammlager noch zu den zahlreichen Außenlagern. Doch mit der jetzigen elektronischen Auflistung des KZ-Tötenbuches konnten wir mit Hilfe von Herbert Diercks, einem wissenschaftlichen Mitarbeiter der Gedenkstätte, den letzten Namen

ermitteln: Arnold Andersons, am 2. März 1903 in Lettland geboren, starb am 31. Oktober 1944 im Wedeler KZ-Außenlager.

Am 30. Mai organisierten die Mitglieder der Wedeler VVN-BdA ihren 7. antifaschistischen Stadtrundgang, an dem auch Gäste aus Putten teilnahmen. Nach den aufschlussreichen Referaten am Schulauer Moorweg an der Hamburger Landesgrenze, wo über das dortige Heim der Wedeler SA berichtet wurde, fand eine Gedenkfeier am Mahnmal statt, zu der neben der VVN-BdA auch der Arbeitskreis der Stadt Wedel gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit geladen hatte. Dort erinnerte Joke Veenendaal van den Bosch an ihren Vater Willem Jan Johannes van den Bosch, der hier im Wedeler KZ umgekommen ist. Erst vor wenigen Jahren hatte sie erfahren, wo ihr Vater, den sie selbst nie kennen lernte, starb. Ihre Rede, die von einem Mitglied der Wedeler VVN-Gruppe



*Verlor ihren Vater im KZ Wedel: Joke Veenendaal aus Putten.  
Foto: Jens Wilke*

übersetzt wurde, berührten viele der Teilnehmer. Sie schloss mit den Worten: „Ich bin dankbar, hier sein zu dürfen, um das alles zu verarbeiten, dankbar für die Herzlichkeit und Liebe, die ihr mir entgegen gebracht habt. Auch ihr habt gelitten unter dem Terror. Die Wunden sind groß, aber die Liebe siegt. Ich danke euch allen“.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass am Mahnmal auch an die anderen Opfer des Wedeler KZ-Außenlagers durch eine Tafel erinnert wird.

*M. Wilke*

### Er war einer unserer letzten Zeitzeugen Gerd Moss ist verstorben

Am 28. März 2010, wenige Tage nach seinem 89. Geburtstag, ist unser Kamerad Gerd Moss in St. Peter Ording verstorben. Mit ihm verliert die Landesvereinigung der VVN - Bund der Antifaschisten Schleswig-Holstein eine hoch geachtete Persönlichkeit. Trotz schwerer gesundheitlicher Beeinträchtigung stellte sich Gerd bis ins hohe Alter als Zeitzeuge zur Verfügung, um vor allem jungen Menschen aus eigenem Erleben die Verfolgung von Menschen jüdischer Herkunft in der Nazizeit authentisch zu vermitteln. Wir erinnern uns an seinen letzten eindrucksvollen Auftritt im Jahre 2008 aus Anlass des Jahrestages der Reichspogromnacht in Elmshorn, als Gerd vor mehr als 100 Zuhörern sagte: „Ich versuche seit 40 Jahren einer neuen Generation meinen Leidensweg und meine Erfahrungen zu vermitteln, damit wir alle die richtigen Lehren aus unserer tragischen Geschichte ziehen: Nie wieder schweigen und stumm sein gegen Unrecht und Unmenschlichkeit. Widerstand leisten gegen Antisemitismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit – Widerstand leisten gegen alten und neuen Faschismus.“

Gerd Moss, geboren am 25. März 1921 in Hamburg, wurde mit anderen Kindern und Jugendlichen aus jüdischen Familien im Dezember 1938 in die Emigration nach England verschickt. Sein Vater wurde am Tage der Reichspogromnacht verhaftet und ins KZ Sachsenhausen gebracht, wo er trotz Krankheit viele Monate gefangen gehalten wurde. Er starb kurz nach seiner Freilassung an den Folgen der KZ-Haft. Gerd's Mutter wurde von den Nazis mit weiteren 1034 Juden am 25. Oktober 1941 von Hamburg aus ins Ghetto nach Lodz in Polen verschleppt. Gerd hat sie nie wieder gesehen. In England lernte Gerd Moss deutsche Widerstandskämpfer kennen, die bereits vor 1933 gegen die Nazis gekämpft hatten und auch in der Emigration ihren aktiven Kampf gegen Faschismus und Krieg fortsetzten.

Nach der Befreiung kehrte Gerd mit der britischen Armee in die Heimat zurück, um mitzuhelfen, ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland aufzubauen. Dieses Ziel hat er nie aus den Augen verloren.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Unser Mitgefühl gilt seiner Frau, unserer Kameradin Anni, und der Familie.

Auf Gerd's Wunsch findet eine Seebestattung im engen Familienkreis statt.

30. März 2010

für die VVN-BdA Schleswig-Holstein

Marianne und Günther Wilke

# Helgoland durchtrennt den Mantel des Schweigens

65 Jahre nach dem Ende des Faschismus in Deutschland wurden auf Helgoland fünf Stolpersteine gelegt, die an die mutigen Männer erinnern, die wenige Tage vor dem 8. Mai 1945 die Insel kampfflos übergeben wollten, um sowohl die Bewohner von Helgoland als auch die Insel selbst zu retten. Doch sie wurden verraten, am 17. April 1945 verhaftet und am 21. April in Cuxhaven standrechtlich erschossen.

Der sechste Stolperstein erinnert an den Helgoländer Frisör Heinrich Prüß, der während der Nazizeit unverdrossen seine politische Meinung äußerte und sich nicht den Mund verbieten ließ. Er glaubte, dass Deutschland den Krieg verlieren würde, und das sagte er auch seinen Kunden im Frisiersalon. Im Oktober 1943 wurde er verhaftet und im August 1944 in Brandenburg hingerichtet.

Die Verlegung der sechs Stolpersteine war eine bewegende Stunde, denn unter den Teilnehmern waren noch etliche Verwandte der Opfer. Der 74-jährige Heinz Pester war 10

Jahre alt, als sein Vater Hans Pester als einer der Männer der Widerstandsgruppe erschossen wurde. „Es bedeutet für mich sehr viel, dass gerade an diesem Ort, wo er gelebt hat, eine Würdigung erfolgt“, sagte er tief berührt. Auch fünf Enkel von Georg Braun wohnten der Verlegung des Stolpersteins ihres Großvaters bei.

An der anschließenden Feierstunde im Rathaus nahmen auch Rolf Burgard als gebürtiger Helgoländer und ich teil. Nach den Ansprachen von Bürgermeister Frank Botter, dem Kreispräsidenten Burkhard Tiemann sowie dem Vorsitzenden des Museumsvereins stand auch die Rede von Rolf als Vertreter der VVN-BdA auf der schriftlichen Einladung.

Er fand volle Aufmerksamkeit, denn er schilderte seine ganz persönlichen Empfindungen, seinen Weg zur VVN und die Bedeutung der Stolpersteine für ihn.

Astrid Friederichs, eine gebürtige Helgoländerin, hat ein kleines Buch über diesen Teil der Helgoländer Geschichte zwischen 1933 und 1945 veröffentlicht. Im Vorwort des gut 100seitigen Buches „Wir wollten Helgoland retten“ heißt es: „Diese Dokumentation ist ein Versuch, Licht in die



Geschehnisse von 1945 zu bringen; sie ist jedoch immer noch lückenhaft. Ich hoffe, dass sie zu weiteren Diskussionen und Recherchen anregt, damit die Widerstandsgeschichte vollständig aufgeklärt werden kann.“

*M. Wilke*

**Astrid Friederichs „Wir wollten Helgoland retten“, 12 Euro, zu bestellen über das Museum Helgoland, PF 1044, 27498 Helgoland, Tel. 04725-7260**

## Inge und Heinz Reichardt sind tot

Innerhalb von nur sechs Wochen hat die Gruppe Norderstedt der VVN/BdA zwei ihrer treuesten Mitglieder verloren: Inge und Heinz Reichardt. Inge wurde 83 Jahre alt, Heinz 84. Zusammen mit unserem verstorbenen Landeskassierer Siegfried Nieswandt gehörten sie zu den Gründungsmitgliedern der Organisation im Kreis Segeberg. In ihren Persönlichkeiten verkörperten sich Menschlichkeit und Solidarität. Heinz Reichardt trat als langjähriger Betriebsratsvorsitzender der Norddeutschen Fensterfabrik und aktives Mitglied der Gewerkschaft Holz und Kunststoff stets konsequent gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit auf. Zusammen mit seiner Frau Inge nahm er an den Aktionen der Friedensbewegung teil und bereitete sie in Norderstedt und im Kreis Segeberg auch selbst mit vor. Heinz und Inge Reichardt haben Spuren in ihrem Leben hinterlassen.

## Verfasser Rassismus Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse (...) benachteiligt oder bevorzugt werden (Art. 3 GG)

Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, will das Wort „Rasse“ aus Art. 3 der Verfassung streichen und durch das Verbot „rassistischer“ Benachteiligung oder Bevorzugung ersetzen. Ihre Begründung: Jede Theorie, die auf die Existenz unterschiedlicher menschlicher Rassen abziele, sei selbst rassistisch.

Auch das EU-Parlament hat sich gegen das Wort Rasse in Verfassungstexten ausgesprochen; Finnland, Schweden und Österreich entfernten es bereits aus ihrem nationalen Recht. „Ein solcher Schritt ist in Deutschland längst überfällig“, sagte Rudolf.

Im Nationalsozialismus wurde die Rassenideologie zur Staatsdoktrin, sie prägte nicht nur Politik und Recht, sie floss in alle Lebensbereiche ein, so wie Hitler es in „Mein Kampf“ gefordert hatte: „Die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit des völkischen Staates muss ihre Krönung darin finden, dass sie den Rassesinn und das Rassegefühl instinkt- und verstandesmäßig in Herz und Gehirn der ihr anvertrauten Jugend hinein brennt.“

Der Begriff bereitete die Schoa vor und begleitete sie.

Kein Zweifel: das Wort Rasse aus dem Grundgesetz zu streichen ist verneinungsfähig und notwendig.



# Neonazi Nico Seifert verurteilt

Am 27.4.2010 wurde vor dem Amtsgericht Neumünster der 22-jährige Neonazi Nico Seifert zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen à 10 Euro und einem dreimonatigen Entzug der Fahrerlaubnis verurteilt. Nico S. hatte im Juni 2009 den Pressesprecher des Bündnisses gegen Rechts Neumünster in dessen Fahrzeug mit seinem PKW zunächst versucht von der Spur zu drängen und anschließend die Fahrzeugscheibe mit einem Teleskopschlagstock eingeschlagen.

Für Nico Seifert war dies bereits die zweite Verurteilung in diesem Jahr. Im Februar wurde er wegen schwerer Körperverletzung zu 60 Arbeitsstunden und 400 Euro Schmerzensgeld verurteilt. Am Rande einer NPD-Kundgebung vor dem Kieler Rathaus hatte er im Mai 2008 zusammen mit Kieler Neonazis eine kleine Gruppe Antifaschisten überfallen und teilweise erheblich verletzt.

Der jetzt verhandelte Vorfall fügt sich ein in eine Reihe von Nazianschlägen im vergangenen Jahr in Neumünster. Seit Anfang 2009 wurden mehrfach Fahrzeuge von Personen beschädigt, die den Nazis mutmaßlich als aktive Menschen aus der antifaschistischen Arbeit bekannt sind. Im Mai

2009 überfielen rund 10 Neonazis eine kleine Gruppe TierrechtlerInnen bei einer Protestaktion vor dem Zirkus, auch hier wollen Zeugen Nico Seifert als einen der Täter erkannt haben.

Hinter den Übergriffen stand die sog. „Aktionsgruppe Neumünster“, die sich selbst im Internet zu ihren Taten bekannte und bei fortgesetzter antifaschistischer Arbeit weitere Gewalttaten ankündigte.

Als Reaktion auf die Vorfälle hatten im Juni 2009 rund 250 Menschen in Einfeld gegen neonazistische Gewalt demonstriert und Nico Seifert als einen der Hauptverantwortlichen benannt. Nach dieser Demonstration und der Öffentlichkeitsarbeit fand der organisierte Naziterror in Neumünster ein vorläufiges Ende.

Nico Seifert war vor Gericht von weiteren Neonazis, die z.T. der „Aktionsgruppe Neumünster“ angehören, begleitet worden, denen bei Betreten des Gerichtssaales mindestens eine Schlagwaffe abgenommen wurde. Nicht zuletzt dies belegt die fortgesetzte Gewaltbereitschaft der Neonazis und unterstreicht auch weiterhin die Notwendigkeit antifaschistischer Arbeit in dieser Stadt.

*Bündnis gegen Rechts Neumünster*



### Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Luthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
  - ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel, [vvn-bda-kiel@gmx.de]
  - ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
  - ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
  - ▼ Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t/online.de]
  - ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
  - ▼ Wedel: Maria Rave, Dorfstr. 9a, 25495 Kummerfeld
  - ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
  - ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Luthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
  - ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
  - ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckerang 4, 25719 Barlt
  - ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
  - ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]
  - ▼ Ost-Holstein, Volker Rätzke: [vr.vvnbdaoh@email.de]
- www.schleswig-holstein.vvn-bda.de**  
**Neofakommission Küste:**  
**www.kueste.vvn-bda.de**

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58, gnn-koeln@netcologne.de

**Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.**

- Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Name: .....
- Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von ..... Euro\*.
- Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.



Bitte einsenden an:

**VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein**

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04642-4736, Fax: M. Wilke, 04103-180200, E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

\* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G. BLZ 216 617 19, KNR 4332970